

Die Stadtverordnetenversammlung - Haupt- und Finanzausschuss -

Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 28. Oktober 2020

Vorlagen-Nr. 20-V-64-0004

Stellenbedarfe in der Betriebswerkstatt des Hochbauamtes zur Realisierung von finanziellen Einsparpotentialen

Beschluss Nr. 0298

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 1.1. die Betriebswerkstatt des Hochbauamtes mit entsprechend zusätzlichem und qualifiziertem Personal in der Lage wäre, einen nennenswerten Anteil der Kleininstandhaltung abzuarbeiten, welche zurzeit an externe Firmen vergeben wird.
 - 1.2. durch den Ausbau der Betriebswerkstatt das Hochbauamt in der Lage ist, flexibel und schnell Reparaturen durchzuführen und auf kurzfristige Schadensereignisse zu reagieren. Zuletzt musste immer häufiger die Erfahrung gemacht werden, dass die externen Fachfirmen ausgebucht sind und entweder langen Vorlauf für die Abarbeitung von Aufträgen benötigen oder insbesondere einzelne Kleinaufträge ganz ablehnen. (Anlage 2 zur Vorlage)
 - 1.3. die Betriebswerkstatt neben Gesellen der unterschiedlichen Gewerke auch je einen Meister Elektrotechnik und HLS mit den entsprechenden Konzessionen der Stadtwerke benötigt. Eine Assistenzkraft zur Bewältigung der damit verbundenen Organisation ist ebenso erforderlich.
 - 1.4. durch den Einsatz der Betriebswerkstatt die Kenntnisse über Zustand und Vorkommnisse in den Gebäuden der städtischen Liegenschaften innerhalb der Stadtverwaltung weiter ausgebaut werden können und nicht an externe Firmen ausgelagert werden. (Anlage 2 *zur Vorlage*)
 - 1.5. die Kollegen der Betriebswerkstatt auch bei den Nutzern vor Ort bekannte Ansprechpartner mit entsprechender Identifikation darstellen, im Gegensatz zu häufig wechselndem externem Personal.
 - 1.6. die Kosten, welche durch die Schaffung der zusätzlichen Stellen entstehen, durch die niedrigeren Ausgaben bei Lohn und Materialbeschaffung refinanziert werden. In der Summe entsteht dadurch sogar ein Überschuss für die Landeshauptstadt Wiesbaden (Anlagen 1 und 3 *zur Vorlage*).

Seite: 1/2

- 1.7. bei Umsetzung der Kleininstandhaltung eine Vielzahl von Beauftragungsabläufen inkl. Rechnungsprüfung und weiterem Verwaltungsaufwand entfallen werden (Kassen- und Steueramt, Hochbauamt).
- 1.8. bei Ablehnung des Ausbaus der Betriebswerkstatt in Konsequenz die Abarbeitung dieser Instandhaltungen nur mit den zur Verfügung stehenden Kapazitäten erfolgen und zu Verzögerungen führen kann.
- 2. Es wird beschlossen, dass
 - 2.1. zum Stellenplan 2021 beim Hochbauamt acht Vollzeitplanstellen in der Betriebswerkstatt geschaffen werden. Die Stellen werden mit der folgenden Aufschlüsselung geschaffen:
 - 2x Stellenwert E 9b TVöD Meister für Elektrotechnik und Heizung / Lüftung / Sanitär
 - 2x Stellenwert E 7 TVöD Geselle Elektrotechnik
 - 2 x Stellenwert E 7 TVöD Geselle Heizung / Lüftung / Sanitär
 - 1x Stellenwert E 7 TVöD Geselle Schreiner
 - 1x Stellenwert E 7 TVöD Assistenzkraft Büro-Organisation

Die Stellen können vorab der Beschlussfassung und der Genehmigung zum Stellenplan 2021 überplanmäßig besetzt werden. Die Ausschreibungen erfolgen unbefristet.

- 2.2. durch die personellen Veränderungen Personal- und Arbeitsplatzkosten in Höhe von 259.863 Euro im Jahr 2021 bzw. 519.726 Euro jährlich ab 2022 entstehen.
- 2.3. den Mitteln für die neu geschaffenen Stellen im Hochbauamt die künftigen Einsparungen für externe Firmen im Budget der Fachämtern gegenüber stehen und so eine Refinanzierung darstellen.
- 2.4. die Deckung jeweils am Jahresende in Abstimmung mit Dezernat III/20 erfolgt.
- 2.5. im Rahmen der neuen Regelung zur Steuerung der Personalkosten ab 2018ff das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals von Dezernat IV/64 ab 01.07.2021 um 8 Vollzeitäquivalente (VZÄ) zu erhöhen ist.
- 2.6. Der Magistrat wird gebeten, dem Haupt- und Finanzausschuss im Rahmen eines Monitorings einen halbjährlichen Bericht über die erzielten Einsparungen zu geben. Der erste Bericht soll spätestens zu den Haushaltsplanberatungen 2022/23 vorliegen

(antragsgemäß Magistrat 08.09.2020 BP 0655, Nr. 2 geändert durch den Beschlussvorschlag des Dezernats IV vom 27.10.2020, Nr. 2.6 ergänzt durch den Antrag von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 28.10.2020)

Tagesordnung II

Wiesbaden, .11.2020

Belz Vorsitzender